

greift die Hand nach der Denkschrift von 1868, in welcher er die bedeutungsvollen Worte niederschrieb: „Frankreich ist dem norddeutschen Bunde nicht gewachsen.“ Worauf war diese Überzeugung gegründet? Etwa auf die Meinung, daß unsere Truppen tapferer und geschickter, die Führung besser sein werde, als die des Feindes? Keineswegs! Die Abhandlungen begannen mit einer Berechnung der Truppenzahl, welche Frankreich zunächst aufbieten könnte und derjenigen, welche wir ihm gegenüberzustellen vermöchten. Diese Berechnung schließt mit dem Satz ab, daß Frankreich zum Beginn des Krieges 250.000 Mann, wir aber 330.000 haben würden. Dann folgen die Worte: „Es leuchtet ein, wie wichtig es ist, die Überlegenheit auszunützen, welche wir gleich anfangs allein schon in den norddeutschen Kräften besitzen.“

Darauf baut sich der Entwurf auf. — Eine Überlegenheit von 80.000 Mann erschien dem Feldmarschall also wichtig genug, um sie zum Ausgangspunkt seines Planes zu machen und heute soll ein Übergewicht Frankreichs um mehr als eine halbe Million nichts, oder nicht viel zu bedeuten haben! Wie nun aber, wenn wir einmal gezwungen sein sollten, einen Krieg an zwei Grenzen auszufechten? Wir trauen unserer Diplomatie zwar die Geschicklichkeit zu, daß sie das Eintreten eines solchen Falles zu verhüten wissen wird. Aber mit sorgloser Sicherheit darauf bestimmt zu rechnen, wäre schon eine große Verführung. Der Fall eines Entscheidungskampfes mit zwei großen Mächten muß ins Auge gefaßt werden.

Er wird nun vielfach mit dem Hinweis darauf abgethan, daß sich Deutschland zwischen jenen, d. h. militärisch ausgedrückt, auf der inneren Linie befindet und seine Schlage mit der schnell versammelten Kraft bald rechts, bald links ausweichen könne. Es liegt dem ein richtiger Gedanke zu Grunde. Derjenige, welcher zwischen zwei Feinden steht, die gemeinschaftlich stärker sind, als er, findet oft noch darin seine Rettung, daß er von seinen Streitkräften einen doppelten Gebrauch macht und sich erst auf den einen Feind wirft, um ihn abzutun, und sich dann dem andern zuwenden. Aber dies Geseß erleidet die einschränkende Bedingung, daß man dabei jedem einzelnen der beiden Feinde entscheidende Überlegenheit verschaffen muß. Wenn aber der erste Gegner schon auf den wir stoßen, uns an Truppenzahl überlegen ist, so wird die Entscheidung selbst, wenn wir uns größere Tüchtigkeit unserer Truppen und bessere Führung vindizieren, nimmermehr schnell genug fallen, um dem anderen Gegner die Zeit zu bedenklichem Fortschritte zu rauben.

Es ist begreiflich, daß es in den ersten Jahren nach dem großen Kriege nicht zu einer allgemeinen Umgestaltung des Heeres kam. Der Entschluß, das Werkzeug zu ändern, das sich eben noch bewährt, wäre kaum zu fassen gewesen. Die Notwendigkeit der Reform sprang nicht so in die Augen wie nun heute.

Das liegt jetzt anders. Wir haben uns überholten lassen und zwar um ein Bedeutendes.

Wohlt das so fort, so werden die verhängnisvollen Folgen nicht ausbleiben, auch wenn die Gefahr im Augenblicke noch keine brennende ist. Gerade das sieht man aus der ferne deutlicher als dasheim, wo der Blick sich leichter in die näherstehenden Einzelheiten verliert. In Frankreich hat man volles Bewußtsein von der materiellen Überlegenheit, die allmählig aus der Wirkung des neuen Wehrgesetzes herauswachsen muß. Das steigert nicht nur die Kriegslust, sondern naturgemäß auch das Vertrauen auf den Erfolg, und dieses setzt sich im Kriege in Kraft um. Warum sollte nicht, wenn die französische Armee bereit ist um eine halbe Million oder gar noch mehr gedienter Soldaten stärker als Deutschland ist, ein Volkte an der Seine das Urteil fällen: „Deutschland ist uns nicht mehr gewachsen“ und damit dieselbe Zuversicht im Heere erzeugen, wie sie 1870 in unsern Reihen herrschte.

Im Vaterlande macht man sich sehr unvollkommene Vorstellungen über einen möglichen Krieg der Zukunft, gerade wie in Frankreich vor 1870, wo man auf einige „galantes batailles“ rechnete und einen darauf folgenden glänzenden Frieden. Man legt bei uns die Erinnerungen aus jener glücklichen Zeit unwillkürlich dem zu Grunde, was man künftig erwartet. Man überhebt, daß bereits zu Ende des Jahres 1889 der Gesamtbestand der französischen Armee nicht weniger als das Fünffache dessen betrug, was Frankreich bei Ausbruch des Krieges von 1870 zur Verfügung stand, — ein Verhältnis, das nach vollständiger Wirkung des neuen Wehrgesetzes sich bis zum Siebenfachen steigern wird.

Wer den Fieberfieber über die neue Militärvorlage mit Aufmerksamkeit folgt, kann sich leider der Überzeugung nicht verschließen, daß deren wahre Bedeutung im allgemeinen auch nicht annähernd richtig gewürdigt wird. Man thut vielfach, als handle es sich um eine akademische Studie über den Wert von zwei- und dreijähriger Dienstzeit.

Die Frage, ob zwei oder drei Jahre gedient werden soll, darf gar nicht als Ausgangspunkt für die Überlegung gewählt werden. Ist die Notwendigkeit, alle Diensttauglichen anzubilden, klar und kann das aus finanziellen Gründen bei dreijähriger oder gemischt zwei- und dreijähriger Dienstzeit, wie sie bisher bestand, nicht geschehen, so folgt daraus, daß mit schärfer Notwendigkeit für den größten Teil der Armee die zweijährige Dienstzeit angenommen werden muß. Davor zurückzusehen konnte man nur, wenn jemand überzeugend nachwies, daß eine zweijährige Dienstzeit absolut ungenügend für die soldatische Ausbildung sei. Dieser Beweis wird schwerlich erbracht werden, da ja heute schon mehr als die Hälfte aller Mannschaften der Infanterie nur zwei Jahre dient. Darüber, ob die Anwesenheit einer Anzahl von Leuten, die wider ihren Wunsch und Willen ein drittes Dienstjahr in einer Compagnie festgehalten werden, für deren Tüchtigkeit wichtig ist oder nicht, ist schwer zu streiten. Es kommt dabei viel auf persönliche Ansicht und besondere Erfahrung an. — Nimmt man aber auch an, daß die Truppe durch Fehlen der Dreijährigen etwas verliere, so wird dies Minder doch niemals das Mehr an Zahl aufwiegen, das wir dafür eingewinnnen haben. Von einem allgemeinen Gesichtspunkt aus muß man also unbedingt für Herabsetzung der Dienstzeit und Vermehrung der Zahl stimmen. Dieser allgemeine Gesichtspunkt aber ist dadurch gegeben, daß es sich jetzt um unsere gesamte Nothstellung und die Zukunft Deutschlands überhaupt handelt. Wir dürfen es nicht dulden, daß ein an Bevölkerung schwächerer Nachbar jährlich 42.000 Soldaten mehr erzieht, und daß die Zahl seiner ausgebildeten Mannschaften unter unsern Augen fortwährend wächst, ohne daß wir etwas Ausgleichendes thun. Wir dürfen uns keiner Täuschung über die Bedeutung eines Übergewichts hingeben, welches so groß sein wird, als die gesamte französische Streitmacht bei Ausbruch des Krieges von 1870. Wir dürfen es nicht

länger dulden, daß jährlich 80.000 wehrpflichtige Deutsche, welche auch tatsächlich wehrfähig sind, nicht zum Dienste eingeeilt und ausgebildet werden, so daß wir, wenn es sich eines Tages um unsere Existenz handeln sollte, durch eigene Verschuldung nicht in der Lage sind, alle Kräfte einsetzen zu können oder Hunderttausende ohne jede militärische Vorbereitung auf das Schlachtfeld führen müssen. Kein Zweifel, daß die durch den erforderlichen Mehraufwand erzeugte Last bedenklich ist. Aber eine Ausgabe von jährlich 65 Millionen Mark ist nicht entscheidend für den Wohlstand Deutschlands.

Glückliche oder unglückliche Gestaltung der Handelsbeziehungen, des Abfuges für unsere Industrie, der Steuerverhältnisse sollen mit ganz anderen Summen in die Waagschale unserer finanziellen Lage.

Väneliger Aufschub der Reform ist ohne Nachteil nicht möglich. Die Regierung hat mit der Militärvorlage eine sehr ernste patriotische Pflicht erfüllt. Deutschland steht am Scheidewege und muß sich entscheiden. Erfolgt die Ablehnung so überlassen wir Frankreich den einmal gewonnenen Vorsprung mit vollem Bewußtsein. Ihn später einzuholen, wird von Jahr zu Jahr schwieriger, endlich fast unmöglich werden. Eine Anzahl von Altersklassen geht immer verloren. Hat man sich einmal mit einem Uebelstande abgefunden, so gewöhnt man sich auch gar leicht daran, für die Gefahr, die er birgt, die Augen zu schließen. Unsere Hoffnung auf Erfolg im zukünftigen Kampfe könnte sich nach der Verwerfung nicht mehr auf sachliche Gründe stützen. Das Gefühl aber, daß dem so ist und daß man im Frieden Wichtiges vernachlässigt hat, bildet an sich schon ein Moment der Schwäche für den Krieg.

Wird die Vorlage Gesetz, so thut Deutschland nach kurzer Versäumnis einen Schritt vorwärts, den Frankreich ihm nicht mehr nachthun kann, da dieses thatsächlich an den Grenzen seiner natürlichen Kräfte angekommen ist. Die Überlegenheit, die Deutschland allein in seiner Volkzahl besitzt, ist dann nutzbar gemacht. Die Hoffnung, im Falle eines Doppelkrieges durch glückliche und schnelle Operationen zwischen den feindlichen Heeren den endlichen Triumph auf unserer Seite zu sehen, tritt wieder in ihre Rechte und das Genie unserer Feldherren erhält, wenn auch nicht in so reichem Maße wie 1870, so doch immerhin hinlänglich, die Mittel, sich zu betätigen. Das Bewußtsein aber, daß im Frieden alles geschehen ist, was möglich gehen konnte, um Deutschland stark zu machen, wird auch in den schwierigsten Lagen eines großen Krieges Generale, Offiziere und Mannschaften mit festem Vertrauen auf den endlichen Sieg erfüllen.

Frägt man sich, ob es überhaupt noch möglich ist, der Forderung aus dem Wege zu gehen, so muß man mit einem entschloffenen „Nein“ antworten. Deutschland ist zu jung und lebenskräftig, um endgültig auf eine große Rolle im Rate der europäischen Völker verzichten zu können. Das wird nimmermehr geschehen, und daraus folgt, daß, wenn in unserer Zeit die Vermehrung unseres Heeres verworfen würde, sie in einer künftigen — nach trübem Erfahrungen — doch vorgekommen werden müßte.

Wir hoffen, daß es dazu nicht kommt, und daß der unabweisliche Schritt jetzt geschieht.

Zum Schluß eine persönliche Bemerkung. Mein Standpunkt zur Frage ist nicht neu, sondern seit langem bekannt. Vor fünfzehn Jahren wies ich darauf hin, daß Deutschland mit seiner Wehrverfassung den Lagen, welche die Zukunft bringe, nicht gewachsen sei. Es war weder schwer, das damals zu erkennen, noch ein besonderes Verdienst, es auszusprechen. Doch sei es hier erwähnt zum Beweise, daß die der Militärvorlage zu Grunde liegende Ansicht schon in jener Zeit verbreitet war, und es sich heute um keine dem Volke willkürlich bereite Überredung handelt. Ausgleich wird mich diese Bezugsgröße vor dem Verachte schützen, nur einer augenblicklichen Regung zu folgen oder gar zum höheren Rüdme der herrschenden Richtung zu schreiben; sie wird, hoffe ich, dazu beitragen, daß diese Zeiten hingenommen werden als das, was sie sind, nämlich das Ergebnis innerster Überzeugung, welche aus reiflicher Überlegung entsprungen ist; denn auch in der Fremde, durch ganz fern abliegende Dinge in Anspruch genommen, habe ich die militärische Bewegung im Vaterlande warmem Herzen verfolgt, immer gewiß, daß ein Ereignis, wie das jetzt eingetretene, über kurz oder lang kommen müßte.

Tagesgeschichte.

Eines der angesehensten und einflußreichsten Mitglieder der deutschkonservativen Fraction des Reichstages, Herr Oberstaatsanwalt Dr. Hartmann, hat sich kürzlich im konservativen Verein zu Plauen in eingehender Weise über die Militärvorlage und die damit in Zusammenhang stehenden Steuerfragen ausgesprochen. Redner gab zunächst in knapper, gemeinverständlicher Form den Inhalt der Vorlage wieder und führte dann ungetrübt folgendes aus: Der Schwerpunkt liegt in der bedeutenden Vermehrung der Infanterie und der Aufstellung von 173 neuen Infanteriebataillonen. Das dies nötig ist, läßt sich schon jetzt mit voller Klarheit erkennen. Frankreich, obgleich an Zahl der Bevölkerung um 11 Millionen hinter Deutschland zurück, stellt seit 1889 alljährlich eine beträchtlich größere Zahl von Rekruten ein, als wir; nach Durchführung des jetzigen Systems wird es annähernd eine halbe Million ausgebildeter Soldaten mehr haben als Deutschland. Mit seinen Vorbereitungen zur Mobilisierung hat es uns überholt, unsere Einrichtungen stehen nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Frankreich hebt alles aus, was diensttauglich ist. Wir thun das nicht. Kürzlich oder soll es geschehen. Damit ist uns für absehbare Zeiten das Gleichgewicht mit Frankreich, schließlich sogar etwas mehr gesichert. Um die Zahl allein handelt es sich hier nicht, sondern auch um die Qualität. Durch seine großen Aushebungen macht Frankreich die jungen Jahrgänge härter. Auch wir müssen unsere Armee verjüngen, müssen die Last des Kriegesdienstes so viel als nur möglich auf die jüngeren Jahrgänge legen und die Landwehr entlasten und schonen. Nach der Reichsverfassung ist jeder wehrfähige Deutsche militärisch verpflichtet. Jetzt aber müssen wir alljährlich mindestens 80.000 diensttaugliche junge Männer als überzählig freilassen, und im Kriegesfall bleiben diese zu Hunderttausenden daheim, während die Landwehrmänner, die Familienväter und Steuerzahler, das Verhüllstoffe was wir an Menschenmaterial besitzen, sofort an den Feind gebracht werden müssen. Dieser Zustand ist eben so ungerecht als unweckmäßig. Das muß aufhören. Deshalb sollen alljährlich 60.000 Mann mehr ausgegeben werden. Sie sollen aber bei den Trupps nur zwei Jahre lang dienen und dann ein Recht auf Verurlaubung zur Disposition haben, ohne darum bitten und sich die unermesslichen Ungleichheiten der jetzigen Einrichtung gefallen lassen zu müssen. Noch weit

mehr als Frankreich ist uns Russland an Truppenzahl überlegen. Dem können wir nicht nachkommen. Es ist aber auch nicht zu erwarten, daß wir jemals in den Fall kommen, mit Russland allein den Degen zu kreuzen. Wenn dieses uns bezieht, so geschieht das im Bunde mit Frankreich, und dann stehen unsere Bundesgenossen, Oesterreich-Ungarn und Italien auf unserer Seite. Aber bei der Fortdauer der jetzigen Verhältnisse ist der Dreibund mit seiner gesammten Truppenmacht den vereinten Heeren Frankreichs und Russlands nicht gewachsen. An uns ist es zunächst, zu schaffen, was noch fehlt. Wir sind am leistungsfähigsten an Menschenzahl und sonst, wir sind am meisten gefährdet, für uns steht das Größte auf dem Spiel, nicht nur einige Provinzen in Ost und West und so und so viel Milliarden an Kriegskostenentschuldigung, sondern auch unsere mühsam und mit schweren Opfern erzwungene Einheit, das Reich selbst und seine Existenz. — Die Beschaffung des nötigen Geldes verursacht gerade in der jetzigen Lage von Handel und Wandel große Schwierigkeiten. Die Regierungen wollen Erhöhung der Bräusteuer um etwa 32 Millionen Mark, der Brauweinsteuer um etwa 12 1/2 Millionen und der Börsensteuer um etwa 13 Millionen. Die Beratung dieser Verordnungen im Reichstage hat noch nicht begonnen. Hoffentlich findet man dabei Mittel und Wege, um das Geld zu schaffen ohne die Erhöhungen der Bräusteuer und der Brauweinsteuer mit der unvermeidlichen Beschränkung zunächst wichtiger Zweige der nationalen Arbeit und schließlich der dritten Masse der Konsumenten. Vor allem wird die Börsensteuer ins Auge gefaßt werden müssen. Als die Konservativen das Gesetz über die Börsensteuer einbrachten und nach vielen Wägen und Kämpfen durchdrückten, haben sie die überaus bescheidenen Ansätze nur als den Anfang betrachtet und die Ermartung ausgesprochen, daß später im Falle des Bedürfnisses die Börse noch weit stärker herangezogen werde. Jetzt bringt die Börsensteuer den lächerlich geringen Betrag von 13 Millionen jährlich. Leicht wird sich das Aufkommen daraus um erheblich mehr als auf das Doppelte steigern lassen. Darüber wird kein Mensch Schmerzen empfinden, als die Herren von der Börse, und auch diese nur vielleicht vier Wochen lang. Die an diese Darlegungen sich anschließende Aussprache legte Zeugnis ab von dem hohen Interesse, mit welchem allseitig dem Vortrage gefolgt worden war. Bei allen Jähzornern machte sich die Meinung geltend, daß der erstattete Bericht die Militärvorlage gerecht und richtig gewürdigt und neben klarem Verständnis über ihre Bedeutung und ihren Umfang die Ueberzeugung wachgerufen habe, daß eine Erhöhung der Wehrkraft in der geplanten Weise ein Gebot der Nothwendigkeit sei.

Der erste Wochenabschnitt des neuen Jahres ist zurückgelegt — er stand unter dem freundlichen Stern der verschiedenen politischen Neujahrsvorlesungen, welche so übereinstimmend die Zuversicht auf die fernere Erhaltung des Weltfriedens ausdrückten. Von den Vätern Europas sind diese friedensverständlichen Auslassungen maßgebender Persönlichkeiten mit um so rückhaltloserer Genugthuung aufgenommen worden, als die allgemeine politische Lage im neuen Jahre sich nach allen Seiten hin in der That ungetrübt darstellt, und hoffentlich wird die politische Physiognomie unseres Welttheiles sich diesen ihren beruhigenden Charakter bewahren.

Der Reichstag wird seine Sitzung am 10. Januar mit der ersten Beratung der Bräusteuervorlage wieder beginnen, und es werden sich daran die andern Steuerordnungen anschließen. Nach Lage der Sache wird es sich zunächst um eine vorzugweise akademische Erörterung handeln können, da vor jedem näheren Eingehen auf neue Steuerordnungen die Frage des Bedürfnisses nach solchen und des Umfangs derselben sich einigermaßen übersehen lassen muß, was nur im Zusammenhang mit der Militärvorlage geschehen kann. Der Verlauf der letzteren Angelegenheit muß erkennbar hervortreten, ehe irgend jemand Verpflichtungen für die Beschaffenheit neuer Einnahmen übernehmen kann. Nach der ersten Beratung im Plenum wird dann auch voraussichtlich die weitere Verhandlung über die Steuerordnungen hinausgeschoben werden. Bei dem engen Zusammenhang der beiden Angelegenheiten wird vielfach empfohlen, die Militärkommission, in der alsdann wohl einzelne Mitglieder durch andere ersetzt werden würden, zugleich mit der Vorberatung der Steuerordnungen zu betrauen.

Die streitenden Bergleute im Saargebiet, deren Anzahl zur Zeit etwa 22.000 beträgt, haben in mehreren Versammlungen der letzten Tage beschlossen, den Streik fortzusetzen, obwohl doch an einen Erfolg für die Bergleute sich unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu denken ist. Fast scheint es, als ob die Führer der Bergleute des Saarreviers gesonnen seien, bei dem gegenwärtigen Streik eine Probe darauf zu machen, wieweit eigentlich ihr Einfluß unter den Bergarbeitern reicht, sonst könnten die Führer die Streikenden schwerlich immer wieder zum Ausbleiben anzuernern. Indessen scheint es doch, als ob der Ausstand allmählich seinen Höhepunkt überschritten zu haben, auch wird berichtet, daß viele Bergleute nur aus Furcht vor Bedrohungen und Wühlhandlungen zu den Streikenden halten.

Ueber den Stand des schweizerisch-französischen Zollkrieges liegen seit ein paar Tagen weder von der einen noch von der andern Seite Meldungen von Belang vor. Einstweilen regalisieren sich beide Parteien gegenseitig nach Kräften mit Zollplacketen und Zollserhöbungen und eine verständliche Stimmung ist wieder haben noch drüben zu verspüren.

Vaterländisches.

— **Wildbruff.** Von dem Rentier Herrn Herrn Sidoroff in Köpchenbroda, früherer Gutbesitzer in Sachodorf, ist vor einigen Tagen der Gemeindevorstand des letztgenannten Ortes im Namen dessen Gattin die Summe von 3000 Mk. (für die Armenkasse 2000 Mk. und 1000 Mk. für die Kapelle) schenkungsweise übergeben worden.

— Die äußerst günstige Schlittenbahn führte in den letzten 3 Tagen zahlreichen Publikum von Nah und Fern in unsere Stadt, um die Gesügel-Ausstellung des Wilddruffers Gesügelzuchtvereins in Augenschein zu nehmen. Das zahlreich ausgestellte und wirklich schöne Gesügel fand deshalb auch die vollste Anerkennung der Gesügelkenner. Die Prämierung fand, wie bereits in letzter Nummer kurz erwähnt, durch die Herren Mahler-Ralisch, Botrich-Gorbis und Kessel-Freiberg statt und ergab die Prämierung folgendes: Es erhielten den Städtepreispriis für Hühner Julius Hülzig-Wildbruff auf braune Malaien, für Tauben Karl Flugheil-Wildbruff auf weiße Jbaner; den Vereinspreis für Hühner R. O. Reichert-Niederobrigisch auf Zoulner Niesengänse, für Tauben, H. W. Herrmann-Niederobrigisch auf schwarze englische Kröpfer. Erste Preise für Hühner und größeres Gesügel erhielten R. O. Reichert-Niederobrigisch, Bruno Dymann-Grumbach und